In der Einladung sollte ursprünglich unter TO.-Punkt 2 die 6. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung behandelt werden. Der TO.-Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Stattdessen soll unter diesem TO.-Punkt eine Aussprache zur Weitergabe von Informationen an die Presse stattfinden.

Zunächst kritisiert Ausschussvorsitzender Müller den letzten Bericht der F.D.P. zum Thema Abwassergebührenerhöhung. Der Bericht greife den Beratungen im Werksausschuss vor.

Herr Jäckel entgegnet hierzu, dass es sich um eine Meinungsäußerung der F.D.P. handele. Davon unabhängig sei die Beratung und Entscheidung im Werksausschuss zu sehen.

Anschließend erklärt Herr Pahl seinen Unmut darüber, dass teilweise wörtlich Beiträge aus dem nichtöffentlichen Teil der letzten Werksausschuss-Sitzung kurz nach der Sitzung in der öffentlichen Presse nachzulesen gewesen seien. Dies könne nicht sein. Insbesondere auch schon deswegen nicht, weil gerade in dieser Sitzung bereits über das Thema gesprochen und noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen worden sei, dass Inhalte aus dem nichtöffentlichen Teil nicht an die Presse weitergegeben werden dürfen. Er sei mit der Sache noch nicht durch und behalte sich weitere Schritte in der Angelegenheit vor.

Herr H.-P. Ersfeld ergänzt, dass für die Pressearbeit der Verwaltung der Bürgermeister zuständig sei. Er habe zu entscheiden und zu verantworten, welche Informationen letztendlich an die Presse weitergegeben werden.

Herr Ludwigs verweist darauf, dass auch er von Pressevertretern in der Sache angerufen worden sei. Dabei sei ihm deutlich geworden, dass die Pressevertreter bereits ausführlich über die besprochenen Inhalte aus der nichtöffentlichen Sitzung des letzten Werksausschusses informiert gewesen seien. Weitergehende Informationen seitens der Verwaltung an die Presse seien nicht erfolgt. Im angesprochenen Presseartikel würden die Informationen ja auch mit Werksausschussmitgliedern in Verbindung gebracht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.